

Vorsitzende Dr. Hartnack: „Neuer Vorstand spricht sich gegen Sparmaßnahmen bei Schwachen und Armen aus!“

Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen der SPD Saar hat einen neuen Vorstand. Die bisherige Vorsitzende, Dr. Sabina Hartnack, wurde in ihrem Amt bestätigt und leitet auch in den kommenden beiden Jahren die ASG in der SPD Saar.

„Mit dem neuen Vorstand werden wir uns engagiert und motiviert mit dem Gesundheitswesen auseinandersetzen und Vorschläge erarbeiten, die der sozialen Spaltung in Deutschland entgegenwirken. Starke Schultern lasten mehr – dieses Prinzip muss für alle Bereiche der Politik und damit des Zusammenlebens gelten. Wie auch die SPD Fraktion sind wir der Meinung, dass die von Finanzminister Toscani vorgeschlagenen Sparmaßnahmen im Bereich der Eingliederungshilfe ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft sind. Unser Ziel ist der ständige Dialog zwischen den betroffenen Menschen, der Politik und der Verwaltung und die Beteiligung behinderter Menschen auf allen Ebenen. Die angekündigte Sparsumme von 25 Millionen Euro ist ein sozialer Kahlschlag für unsere Gesellschaft!“, so die Vorsitzende, Dr. Hartnack.

Auch der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Prof. Dr. Volker Köllner, wurde erneut gewählt. Neu im Vorstand sind die Stellvertreterin Bettina Fladung-Köhler, Organisationsleiter Jürgen Nieser und die Presse- und Internetbeauftragte Dorothea Kerner. Für die Schriftführung sind Michael Leinenbach und Gabriele Biehl-Reinshagen zukünftig zuständig. Als Beisitzer wurden Claudia Bewermeier, Renate Boetge, Dr. Milek Bogdan, Markus Hardt, Magdalena Huwig, Axel Mittelbach, Prof. Dr. Jens-Christian Möller, Isolde Ries, Volker Schmidt, Edgar Spengler, Dr. Manfred Strauss und Dr. Claus Theres gewählt.

Mit dem neuen Vorstand sieht sich die ASG Saar gut für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet. Dr. Hartnack bilanziert zuversichtlich: „Unser neuer Vorstand ist ein starkes Team mit vielen unterschiedlichen Menschen, die eins eint: ihr Engagement für ein gerechtes Miteinander. Wir werden die Entwicklungen im Saarland und in Deutschland begleiten und, wenn notwendig, Korrekturen einfordern.“